



Niederschrift

36. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

| | |
|------------------------|--|
| Sitzungstermin: | Dienstag, 17.01.2012 |
| Sitzungsbeginn: | 17:30 Uhr |
| Sitzungsende: | 20:15 Uhr |
| Ort, Raum: | Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81 |

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Michael Schröder CDU/ANW Leitung der Sitzung

Ausschussmitglieder

| | | |
|--|-----------------------|-------------------------|
| Frau Gudrun Hofmeister | DIE LINKE | Teilnahme bis 19:50 Uhr |
| Herr Stefan Wollenberg | DIE LINKE | |
| Frau Hannelore Knoblich | SPD | |
| Frau Dr. Manja Orlowski | SPD | |
| Herr Andreas Menzel | Bündnis 90/Die Grünen | |
| Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken | FDP | |
| Frau Ute Bankwitz | BürgerBündnis | Teilnahme ab 17:40 Uhr |
| Herr Arndt Sändig | Die Andere | |

stellv. Ausschussmitglieder

| | | |
|-------------------------|-----------|---|
| Frau Dr. Karin Schröter | DIE LINKE | Teilnahme für Frau Schummel |
| Herr Volker Klamke | SPD | Teilnahme bis 19:25 für Frau Michalske-Acioglu |

sachkundige Einwohner

| | | |
|------------------------------|----------------------|------------------------|
| Herr Hans-Joachim Ziebarth | CDU/ANW | |
| Frau Sabine Bittrich | MigrantInnenbeirat | |
| Herr Florian Engels | SPD | |
| Frau Kathleen Krause | SPD | |
| Frau Sabine Speck | BürgerBündnis | Teilnahme ab 17:40 Uhr |
| Herr Dr. Alexander Steinicke | DIE LINKE | |
| Herr Sven Stolpe | DIE LINKE | |
| Herr Sandro Szilleweit | Die Andere | |
| Herr Daniel Zeller | Bündnis90/Die Grünen | |

Gast

| | | |
|-------------------------------|-------------------------------------|-------------------------|
| Herr Dietmar Weiberlenn | FB Bildung und Sport | |
| Herr Torsten Gessner | BL Sport | |
| Frau Dr. Roswitha Voigtländer | Volkshochschule | Teilnahme bis 17:40 Uhr |
| Frau Heike Lupuleak | Musikschule | Teilnahme bis 17:40 Uhr |
| Herr Eckhard Dörnbrack | Staatliches Schulamt | |
| Herr Bernd Richter | KIS | Teilnahme bis 17:40 Uhr |
| Frau Birgit Kofer | Bereich Beteili- gungsmanagement | Teilnahme zu TOP 3.1 |
| Frau Ute Sello | Bäderlandschaft Potsdam GmbH | Teilnahme zu TOP 3.2 |
| Herr Andreas Klemund | LSH Potsdam GmbH | Teilnahme zu TOP 3.3 |
| Herr Dirk Albrecht | GB 2 | |
| Herr Dr. Lutz Henrich | Stadtsporthund | |
| Frau Anne Pichler | Stadtsporthund | |
| Frau Steffi Pyanoe | PNN | |
| Frau Claudia Krause | MAZ | |

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

| | | |
|-----------------------------|-----------|--------------|
| Frau Olga Schummel | DIE LINKE | entschuldigt |
| Frau Anke Michalske-Acioglu | SPD | entschuldigt |

sachkundige Einwohner

| | | |
|--------------------|-----|--------------|
| Frau Beate Kruczek | FDP | entschuldigt |
|--------------------|-----|--------------|

Beigeordnete

| | | |
|------------------------------|--|--------------|
| Frau Dr. Iris Jana Magdowski | | entschuldigt |
|------------------------------|--|--------------|

Schriftführer/in:

Frau Wildgrube, Gudrun

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.12.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erstattung von Schülerfahrtkosten sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Landeshauptstadt Potsdam

- Mitteilungsvorlage: 11/SVV/0933
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 3.2 Überarbeitung der Preisliste städtischer Bäder
Vorlage: 11/SVV/0863
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.3 Schwimmhallenmitnutzung LuftschiFFhafen
Vorlage: 11/SVV/0917
Fraktion SPD
- 3.4 Gründung einer Stiftung zur Förderung der Kultur- und des Sports in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 11/SVV/0919
Fraktion CDU/ANW
- 3.5 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 10 - Kostenloser Nahverkehr bei Ausflügen von Schulen und Kitas
Vorlage: 11/SVV/0824
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen (ff)
- 3.6 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 3 - Sport- und Freizeitflächen 'NowaWiese'
Vorlage: 11/SVV/0817
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen (ff)
- 3.7 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 15 - Fußballplatz im Potsdamer Norden schaffen
Vorlage: 11/SVV/0829
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen (ff)
- 3.8 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 21 - 'Westkurve' als Begegnungsort an der Hans-Sachs-Straße planen
Vorlage: 11/SVV/0835
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
und Werksausschuss KIS
Ausschuss für Finanzen (ff)
- 3.9 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' Platz 19 - Sichere Schulweg zur Regenbogenschule Fahrland
Vorlage: 11/SVV/0833
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
und Ortsbeirat Fahrland
Ausschuss für Finanzen (ff)
- 3.10 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: 11/SVV/0906
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
alle Ortsbeiräte
- 3.11 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015
Vorlage: 11/SVV/0948
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
alle Ortsbeiräte
- 3.12 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013
Vorlage: 11/SVV/0907
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

- alle Ortsbeiräte
- 3.13 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012
Vorlage: 11/SVV/0949
Oberbürgermeister, KIS
alle Ortsbeiräte
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Voltaire-Gesamtschule - Räume zur Essenversorgung
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.12.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Schröder stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Herr Menzel bittet unter TOP 5 um Informationen zum Sportplatz Groß Glienicke, zur Strafanzeige an der Montessori-Oberschule, zur Errichtung einer Schule in freier Trägerschaft in Groß Glienicke, zur Mittelzuweisung an Babelsberg 03 und den VFL.

Herr Schröder informiert, dass er heute eine Zeitschiene zur Behandlung des Haushaltes 2012 erhalten habe. Danach sollen die Voten bis zum 08.02.2012 übergeben werden. Er habe die Zeitschiene mehrfach bemängelt und findet es nicht gut, Termindruck aufzubauen. Die Fraktionen müssten ausreichend Gelegenheit haben, sich zum Haushalt zu verständigen. Er schlägt vor, die Anträge zum Bürgerhaushalt abzustimmen und die Vorlagen zum Haushalt 2012 in der planmäßigen Sitzung am 14.02.2012 zu behandeln.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu, in der heutigen Sitzung die Anträge zum Bürgerhaushalt zu behandeln. Zum Haushalt 2012 (DS 11/SVV/0906, DS 11/SVV/0948, DS 11/SVV/0907 und DS 11/SVV/0949) haben die Ausschussmitglieder die Möglichkeit, Fragen an die Verwaltung zu stellen. Behandlung und Abstimmung erfolgt in der Sitzung am 14.02.2012.

Herr Menzel verweist auf eine Auflage der Kommunalaufsicht, wonach freiwillige und pflichtige Aufgaben aufgelistet werden sollten. Diese Liste möchte er gern zur Verfügung gestellt haben.

Herr Schröder erklärt, dass die Liste in den Fraktionen vorliegen müsste und bittet ihn, dort nachzufragen.

Die Ausschussmitglieder stimmen der Tagesordnung mit den entsprechenden Ergänzungen unter TOP 5 zu.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung am 13.12.2011 in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis: keine Gegenstimmen

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über die Erstattung von Schülerfahrtkosten sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Landeshauptstadt Potsdam

Mitteilungsvorlage: 11/SVV/0933

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Frau Kofer erläutert die Mitteilungsvorlage. Sie verweist darauf, dass das Schülerticket ab 01.01.2011 für drei Jahre zur Probe eingeführt wurde. Das sollte so bleiben und man habe einen konstanten Preis. Festgestellt wurde, dass nicht alle anspruchsberechtigten Schüler dieses ermäßigte Ticket in Anspruch nehmen. Hier müsse man noch stärker werben. Der Finanzausschuss habe empfohlen, die Problematik im Moment nicht weiter zu verfolgen und das Schülerticket für drei Jahre so zu belassen.

Herr Wollenberg fragt, wo der Mehraufwand von 136.000 € für 2012 entstehe.

Frau Kofer erklärt, dass dieser aufgrund der gestiegenen Kraftstoffpreise für Beförderungsleistungen und den Shuttleverkehr für die Grundschule 20 steige.

Herr Menzel kann nicht mitgehen, dass diese Kosten mit den Einsparungen aufgerechnet werden. Ziel sei gewesen, ein preiswerteres Schülerticket anzubieten. Deshalb sollten die eingesparten 63.000 € dafür eingesetzt werden, die Eltern vom Anteil der Schülerfahrtkosten zu entlasten.

Herr Weiberlenn erklärt, dass es haushalterisch dieselben Konten seien. Es sei richtig, dass die Einsparung von 63.000 € für den Busshuttle und weiteren Mehrbedarf ausgegeben werden müssen.

Frau Dr. Orlowski verweist darauf, dass im Zusammenhang mit dem Prüfauftrag die Geschwisterregelung geprüft werden sollte.

Frau Kofer informiert, dass eine Geschwisterregelung für Potsdam nicht Gegenstand der Tarifverhandlungen mit dem VBB sei. Berechnungen könne man anstellen. Eine Umsetzung im VBB-Tarif halte sie für schwierig.

Herr Szilleweit merkt an, dass wohl eine Kommastelle verrutscht sei. Die ausgewiesene Senkung des Ticketpreises von monatlich 31 Cent sei nicht richtig.

Herr Wollenberg meint, dass es neben der Geschwisterregelung noch weiteren Bedarf gebe. Man solle die Satzung nochmal ansehen, weil nur Schüler berücksichtigt werden, die die nächstgelegene Schule besuchen.

Herr Weiberlenn informiert, dass Harz IV Kinder nach dem Bildungs- und Teil-

habepaket keinen Zuschuss erhalten, wenn sie nicht die nächstgelegene Schule besuchen. Durch das Rechtsamt werde derzeit geprüft, ob aus Ermessen die Fahrtkosten erstattet werden können oder ob eine Satzungsänderung erforderlich ist.

Herr Menzel fragt, ob die Verwaltung auf die fehlerhafte Berechnung reagieren werde oder ob es eines Antrages der Fraktion bedarf.

Frau Dr. Orlowski bittet um Korrektur des Rechenfehlers und Prüfung der Geschwisterregelung. Das Ergebnis sollte im Ausschuss für Bildung und Sport vorgestellt werden.

Herr Menzel fordert die Verwaltung dazu auf, dass die Einsparung von 63.000 € in eine weitere Senkung des Preises für das Schülerticket einfließt.

Herr Schröder verweist auf die Ausführungen von Herrn Weiberlenn, wonach die 63.000 € durch Mehraufwendungen verbraucht seien, da es ein Konto betreffe.

Herr Menzel ist der Auffassung, dass die Kosten für den Bushuttle der Grundschule 20 durch die Baumaßnahmen an der Schule entstehen und durch den KIS zu tragen seien.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu, die Mitteilungsvorlage mit den Hinweisen zur Kenntnis zu nehmen und die Verwaltung zu bitten, die Punkte abzuarbeiten.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage 11/SVV/0933 mit folgenden Hinweisen zur Kenntnis:

1. die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen, ob die eingesparten 63.000 € für die Subventionierung einer Geschwisterregelung eingesetzt werden können
2. der Rechenfehler (Senkung des Ticketpreises von 31 Cent monatlich) ist in der Mitteilungsvorlage zu korrigieren und eine Neubetrachtung anzustellen
3. die Verwaltung prüft, die eingesparten 63.000 € generell zur Subventionierung des Schülertickets einzusetzen.

zu 3.2 **Überarbeitung der Preisliste städtischer Bäder**

Vorlage: 11/SVV/0863

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Sello erklärt, dass mit Mindereinnahmen zwischen 78.000 € und 82.000 € pro Jahr zu rechnen sei, wenn Kinder bis einschließlich 6 Jahren kostenlos Schwimmhallen und Strandbäder nutzen können. Sie führt Beispiele zu Kinder Eintrittspreisen aus Berlin und dem Land Brandenburg an und erläutert das bisherige Verfahren für Potsdam. Weiterhin erläutert sie die verschiedenen Angebote von Schwimmkursen und deren Preisgestaltung.

Herr Gessner erklärt, dass der Antrag aus Sicht der Verwaltung abzulehnen sei. Seit der Übernahme der städtischen Bäder und Strandbäder durch die Stadtwerke Potsdam GmbH könne der Stadtverordnetenversammlung keine neue Entgeltordnung zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Vielmehr werde ein entsprechendes Preisblatt der Stadtwerke Potsdam GmbH in dessen Aufsichtsgremium beschlossen. Hierüber werde Einvernehmen mit der Landeshauptstadt

Potsdam hergestellt. Sachlich sei der Antrag auch abzulehnen, da Potsdam im Vergleich mit der Region bereits jetzt die günstigsten Preise hat. Zuvor war die Verwaltung beauftragt, Einvernehmen mit der Bäderlandschaft GmbH bzw. den Stadtwerken Potsdam zur Familienkarte (bzgl. DS 11/SVV/0389) herzustellen. Hierzu halten sich die Mehrkosten noch in Grenzen. In der Januar-sitzung werde der Stadtverordnetenversammlung dazu eine Mitteilungsvorlage vorgelegt.

Herr Menzel hält es für eine familienfreundliche Stadt als angemessen, dass Kinder bis zu 6 Jahren kostenfrei in Bäder kommen. Er bittet um die Vorlage eines Entwurfes, in welcher Höhe Kosten dafür anfallen würden.

Frau Sello verweist auf die erläuterte Summe. Bei den Kinder-Eintrittspreisen habe sich seit 2001 in den Strandbädern und 2010 in den Schwimmhallen nichts verändert.

Herr Klamke möchte wissen, ob man sich eine Umschichtung der Gebühren vorstellen könne.

Herr Schröder fragt, ob es vorstellbar wäre, die anderen Eintrittspreise um 80.000 € zu erhöhen und damit einen kostenlosen Eintritt für 0- bis 6-Jährige zu ermöglichen.

Frau Sello bezweifelt, dass Rentner oder andere Interessengruppen bereit seien mehr zu zahlen. Für 2013 müsse man neu über den Zuschuss verhandeln und könnte die Problematik in diesem Zusammenhang neu betrachten. Dazu wolle sie aber den Jahresabschluss 2011 abwarten und zugrunde legen.

Herr Schröder stellt auf Grund der Diskussion fest, dass der Antragstext sachlich falsch ist und fragt den Antragsteller, ob er den Antragstext verändern möchte.

Herr Menzel stellt den Antrag bis zur Behandlung der Mitteilungsvorlage bzgl. DS 11/SVV/0389 in der Stadtverordnetenversammlung zurück.

Der Antrag wird vom Antragsteller zurückgestellt.

zu 3.3 Schwimmhallenmitnutzung Luftschiffhafen
Vorlage: 11/SVV/0917
Fraktion SPD

Frau Dr. Orlowski bringt den Antrag ein.

Herr Klemund erläutert, dass die Schwimmhalle Luftschiffhafen als Halle für den Leistungs- und Vereinssport errichtet und saniert worden sei. Dies sei im Zuwendungsbescheid klar geregelt. Die Schwimmhalle verfüge nicht über Voraussetzungen für den öffentlichen Badebetrieb. Es fehlen die entsprechenden Einrichtungen wie Kassenbereich, Zutrittskontrolle, Einzelumkleidekabinen u.s.w. Für die Sicherung des Schwimmbetriebes wäre auch zusätzliches Personal erforderlich. Gegenwärtig wird die Schwimmhalle durch den Leistungssport samstags von 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr und sonntags von 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr genutzt. Die Möglichkeit eines regelmäßigen Bäderbetriebes durch andere Nutzer an den Wochenenden kann ausgeschlossen werden. Eine Öffnung der Schwimmhalle für den öffentlichen Schwimm- und Bäderbetrieb wäre mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden.

Frau Dr. Orlowski meint, dass man für die Durchführung von Schwimmkursen die angeführten Voraussetzungen nicht brauche und diese Kurse auch samstags und sonntags nach 15.00 Uhr stattfinden könnten.

Herr Klemund erklärt, dass man keine Regelmäßigkeit der Kurse gewährleisten könne und eine Kostenerstattung brauche.

Frau Dr. Schröter verweist darauf, dass es sich um einen Prüfauftrag handle. Man solle ausloten, was möglich sei. Sie unterstützt den Antrag.

Herr Wollenberg meint, dass es keiner tieferen Prüfung bedürfe, wenn man die Frage der Zugänglichkeit und Parkmöglichkeiten betrachte. An den Wochenenden finden Trainingslager statt. Er könne sich nicht vorstellen, wie öffentlicher Badebetrieb stattfinden soll und glaubt, dass Aufwand und Nutzen in geringem Verhältnis stehen.

Herr Menzel unterstützt den Antrag und möchte gern einen Belegungsplan sehen.

Herr Schröder erklärt, dass 40 % der Zeitanteile für Leistungssport vorzuhalten seien. Die übrige Nutzungszeit wird über den OSP geregelt. Wenn es noch Restzeiten geben sollte, könne man diese dem öffentlichen Schwimmsport zur Verfügung stellen. Er bittet um Abstimmung des Antrages.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die Schwimmhalle des Luftschiffhafens analog zu anderen Leistungstützpunkten in Deutschland, an den Wochenenden für den öffentlichen Schwimm- und Badebetrieb geöffnet werden kann.

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|------------------|---|-----------------------------|
| Zustimmung: | 7 | |
| Ablehnung: | 4 | |
| Stimmenthaltung: | 0 | Dem Antrag wird zugestimmt. |

zu 3.4 Gründung einer Stiftung zur Förderung der Kultur- und des Sports in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 11/SVV/0919
Fraktion CDU/ANW

Herr Schröder bringt den Antrag ein und verweist darauf, dass der Kulturausschuss seine Zustimmung erteilt hat. Er stellt den Prüfauftrag zur Diskussion.

Herr Wollenberg fragt, ob durch die Stiftung kommunales Sponsoring ersetzt werden soll.

Herr Schröder erklärt, dass das bisherige Sponsoring in Kritik geraten sei, weil über Summen und nicht über Einzelmaßnahmen abgestimmt wurde. Daraus sei die Vorstellung der Einwerbung von Sponsoringmitteln für Kultur und Sport entstanden.

Frau Dr. Orlowski möchte wissen warum es eine Stiftung für Kultur und Sport sein soll. Sie sei nicht der Meinung, dass man mit einer Stiftung den Wegfall der Hauptstadtmittel kompensieren könne. Zudem müsse man in eine Stiftung einen Betrag von mindesten 50.000 € einbringen.

Herr Schröder erklärt, dass die Diskussion um das Sponsoring aus der EWP-Affäre und der Wegfall von 200.000 € Hauptstadtmittel aus dem Haushalt kompensiert werden sollen. Eine Variante diese Probleme zu lösen sehe man darin, dass kommunale Unternehmen das Geld in eine Stiftung einzahlen, die die Mittel für Förderung von Sport und Kultur zweckspezifisch verteilt. Die Machbarkeit solle durch die Verwaltung geprüft werden.

Dr. Henrich hält die Idee für gut und richtig. Für 2012 wurde in Aussicht gestellt, den Wegfall der Hauptstadtmittel durch den städtischen Haushalt zu kompensieren. Für die Zukunft müsse eine Regelung gefunden werden. Die vorgeschlagene Variante sehe er insofern problematisch, weil jeder Sponsoringvertrag zwei Seiten habe. Der Sponsor gebe Geld und die Sportler tragen die Sponsorfirma auf den Trikots. Der Verein bringe eine entsprechende Gegenleistung. Das sollte bei der Prüfung beachtet werden.

Dr. Steinicke bringt den Einwand gegen die neue Struktur vor, dass auch Stiftungen mit Lohngebern arbeiten. Es werde Geld verbraucht für Dinge, die man nicht zuordnen könne.

Herr v. d. Osten kann nicht nachvollziehen, dass die Errichtung einer zusätzlichen Stiftung oder GmbH wirklich helfe, die Hauptstadtmittel zu kompensieren. Man sollte auf die städtischen Gesellschaften vertrauen.

Frau Bankwitz unterstützt den Antrag. Für die Antragsteller könnte die Antragstellung erleichtert werden. Die Trikotwerbung könnte abgestimmt werden. Sie hat die Transparenzkommission begleitet und hält die vorgeschlagene Prüfung für eine gute Variante.

Herr Schröder erklärt, dass man die gesetzte Frist im Antrag verlängern müsste und schlägt April 2012 vor.

Herr Szilleweit hält eine Stiftung nicht als geeignet. Die Stadtverordnetenversammlung sollte über die Verteilung von Fördermitteln entscheiden.

Herr Schröder erklärt, dass nicht beabsichtigt sei, diesen Stiftungsrat durch Politiker zu besetzen.

Frau Pichler bedauert, dass Sponsoring so negativ besetzt sei. Es war nicht so, dass die Sportvereine ihre Finanzen nicht offen legen. Sie verweist auf das Protokoll der Leistungssportkonferenz vom 23.11.2011. Dort sei aufgezeigt, wo das Problem beim Sport liege. Die Stadt müsse sich an Förderrichtlinien halten. Der Leistungssport verursache Kosten, die nicht durch städtische Mittel abzudecken seien. Man solle von der Negativdiskussion für Sponsoring wegkommen, denn so sei der Leistungssport in Gefahr.

Herr Schröder führt nochmals aus, dass die Stiftung eine Möglichkeit sei und wirbt dafür, dass man prüfen sollte, ob sie gewollt sei.

Frau Knoblich stellt den **Geschäftsordnungsantrag** zum Gegenstand der Diskussion zu kommen und den Antrag abzustimmen. Es seien genügend Argumen-

te ausgetauscht worden.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich zu einem geänderten Antragstext, der zur Abstimmung gestellt wird.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Gründung einer Stiftung zur Förderung der Kultur und des Sports in der Landeshauptstadt Potsdam zu prüfen.

Die Stiftung soll sich **vorrangig** aus Mitteln kommunaler Unternehmen nach den in der Transparenzkommision erarbeiteten Empfehlungen sowie aus Haushaltsmitteln der Landeshauptstadt Potsdam finanzieren und das bisherige Sponsoring durch kommunale Unternehmen **ersetzen-ergänzen**.

Das Prüfergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im ~~Februar~~ **April** 2012 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

| | | |
|------------------|---|----------------------------|
| Zustimmung: | 1 | |
| Ablehnung: | 5 | |
| Stimmenthaltung: | 5 | Der Antrag wird abgelehnt. |

Der Ursprungsantrag wird nicht mehr abgestimmt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Gründung einer Stiftung zur Förderung der Kultur und des Sports in der Landeshauptstadt Potsdam zu prüfen.

Die Stiftung soll sich aus Mitteln kommunaler Unternehmen nach den in der Transparenzkommision erarbeiteten Empfehlungen sowie aus Haushaltsmitteln der Landeshauptstadt Potsdam finanzieren und das bisherige Sponsoring durch kommunale Unternehmen ersetzen.

Das Prüfergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im Februar 2012 vorzulegen.

zu 3.5 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 10 - Kostenloser Nahverkehr bei Ausflügen von Schulen und Kitas

Vorlage: 11/SVV/0824

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen (ff)

Herr Weiberlenn erklärt, dass Summen in entsprechenden Kostenstellen eingeplant seien. Der Vorschlag werde bereits umgesetzt.

Frau Dr. Orlowski ergänzt, dass für Kinder, die sich das Ticket nicht leisten können, die Möglichkeit der Beantragung über den Schulsozialfond möglich sei. Sie hätte gern eine Übersicht über die Inanspruchnahme der Mittel aus dem Schulsozialfonds.

Herr Weiberlenn sagt eine Information in der nächsten Sitzung zu.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stellt fest, dass sich der Antrag bereits in der Umsetzung befindet.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag wie folgt zu beschließen (befindet sich in der Umsetzung):

KITA und Schulen können den ÖPNV für Gruppenausflüge kostenlos nutzen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 2

zu 3.6 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 3 - Sport- und Freizeitflächen 'NowaWiese'

Vorlage: 11/SVV/0817

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen (ff)

Herr Sändig verweist auf eine Simulierung am 08.12.2011 an der die Stiftung Schlösser und Gärten sowie die Bauverwaltung teilgenommen haben. Er hätte gern eine Information zum Ergebnis.

Herr Gessner informiert, dass dies normales Verwaltungshandeln im Rahmen der Bearbeitung der Bauanfrage sei. Simuliert wurden Ballfangnetze und Tore um zu sehen, wie sich dies in der Parklandschaft darstelle. Dem Bereich Sport liege kein Ergebnis vor. Antragsteller der Bauanfrage sei der KIS. Er könne sich sachkundig machen und in der nächsten Sitzung einen aktuellen Sachstand geben.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stellt fest, dass sich der Antrag teilweise in der Umsetzung befindet und verständigt sich dazu, den Antrag in zwei Teilen abzustimmen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag wie folgt zu beschließen:

1. In den Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam bzw. in den Wirtschaftsplan des KIS werden für das Jahr 2012 die für den Bau einer Sport und Freizeitfläche (mit u.a. zwei Fußballtrainingsplätzen, einem Bolzplatz und zwei Basketballfeldern) eingestellt.
2. Durch die LH Potsdam werden diese Plätze sowie weitere Sportanlagen unter Beteiligung der Betreiber des Kulturzentrums „La Datscha“, der Bürgerinitiative „Babelsberger Park“ und des SV Concordia Nowawes 06 geplant und errichtet.
Planung und Errichtung dieser Sportanlagen sollen den bestehenden Hundeauslaufplatz nicht beeinträchtigen.

Abstimmungsergebnis Punkt 1:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1 Punkt 1 des Antrages wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis Punkt 2:

Zustimmung: 1
Ablehnung: 6

Stimmenthaltung: 4 Punkt 2 des Antrages wird abgelehnt.

Der Antrag wird geändert beschlossen.

zu 3.7 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 15 - Fußballplatz im Potsdamer Norden schaffen

Vorlage: 11/SVV/0829

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen (ff)

Herr Weiberlenn erklärt, dass die Umsetzung des Vorschlages aus sportfachlicher Sicht wünschenswert sei, aber weder Flächen noch finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt die weitere Prüfung durch die Verwaltung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag wie folgt zu beschließen (Prüfauftrag):

Im Potsdamer Norden (Bornstedter Feld) wird eine Sportanlage für den Schul- und Breitensport errichtet.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Planung hierfür im Juni 2012 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1 Dem Antrag wird zugestimmt.

zu 3.8 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 21 - 'Westkurve' als Begegnungsort an der Hans-Sachs-Straße planen

Vorlage: 11/SVV/0835

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
und Werksausschuss KIS
Ausschuss für Finanzen (ff)

Der Ausschuss für Bildung und Sport stellt fest, dass sich der Antrag in der Umsetzung befindet.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag wie folgt zu beschließen (befindet sich in der Umsetzung):

Der Sportplatz an der Hans-Sachs-Straße (WESTKURVE) wird saniert und mit einem modernen Tennenbelag ausgestattet.

Der Platz ist von der Landeshauptstadt Potsdam zu warten.

Bei Planung und Sanierung ist davon auszugehen, dass der Sportplatz als öffentlicher Begegnungsort betrieben werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 0 Dem Antrag wird zugestimmt.

zu 3.9 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger'

Platz 19 - Sichere Schulweg zur Regenbogenschule Fahrland

Vorlage: 11/SVV/0833

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
und Ortsbeirat Fahrland
Ausschuss für Finanzen (ff)

Der Ausschuss für Bildung und Sport schlägt die weitere Prüfung durch die Verwaltung vor.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag wie folgt zu beschließen (Prüfuftrag):

Zwischen der Kreuzung Gartenstraße/Döberitzer Straße und der Regenbogenschule in der Ketziner Straße wird unverzüglich ein kombinierter Rad- und Fußweg gebaut.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 0 Dem Antrag wird zugestimmt.

zu 3.10 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012

Vorlage: 11/SVV/0906

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
alle Ortsbeiräte

Herr Weiberlenn bietet an, dass in Vorbereitung der Sitzung am 14.02.2012 Fragen zum Haushalt 2012 und zum Wirtschaftsplan KIS schriftlich oder per Mail an die Verwaltung gestellt werden können, möglichst bis zum 07.02.2012.

Frau Dr. Orlowski bittet darum, die Schulträgeraufgaben nach freiwilligen und pflichtigen Aufgaben zu untersetzen.

Der TOP wird zurückgestellt.

zu 3.11 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015

Vorlage: 11/SVV/0948

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
alle Ortsbeiräte

Der TOP wird zurückgestellt.

zu 3.12 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013

Vorlage: 11/SVV/0907

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
alle Ortsbeiräte

Der TOP wird zurückgestellt.

zu 3.13 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012

Vorlage: 11/SVV/0949

Oberbürgermeister, KIS
alle Ortsbeiräte

Der TOP wird zurückgestellt.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Voltaire-Gesamtschule - Räume zur Essenversorgung

Herr Schröder verweist auf das mit der Verwaltung abgestimmte Antwortschreiben an die Voltaireschule, welches auch die Fraktionen erhalten haben. Darin wird mitgeteilt, dass die Schulverwaltung keine andere Möglichkeit sieht, als die Einordnung in die langfristige Investitionsplanung ab 2015. Bis dahin liegt es in Verantwortung der Schule, durch geeignete organisatorische Maßnahmen, eine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes zu erreichen.

Herr Weiberlenn informiert, dass der KIS sich bemüht habe, Räumlichkeiten in angrenzenden Objekten anzumieten. Dies sei leider fehlgeschlagen. Somit wurde durch den KIS mit der Schule vereinbart, dass das darstellende Spiel vor der Mittagspause etwas früher mit dem Unterricht aufhört und durch die Reinigungsfirma Tische und Stühle zur Essenversorgung aufgestellt werden. In Abstimmung mit dem FB Bildung und Sport wurde dafür der Reinigungsvertrag erweitert. Somit ist das Essen in zwei Schichten gewährleistet. Hierzu stehen in der Cafeteria auf einer Fläche von 213 m² 156 Sitzplätze und in der Aula auf einer Fläche von ca. 200 m² 60 Sitzplätze zur Verfügung. In den Raumprogrammempfehlungen des MBS sind 300 m² vorgeschlagen. Insofern geht es zu organisieren und die Fläche ist ausreichend. Die Sanierung ist nach dem Beschluss H7 ab 2014 vorgesehen.

Herr Menzel hat sich die Situation vor Ort an mehreren Tagen angesehen und informiert, dass es den Anschein habe, dass sich das Problem durch die ergriffenen Maßnahmen entkrampft hat.

Herr Dörnbrack bittet grundsätzlich darum, dass sich Stadtverordnete im Sekretariat der Schule anmelden, wenn sie sich auf dem Schulgelände aufhalten. Er verweist darauf zu berücksichtigen, dass sich zur Zeit zwei Jahrgänge auf Exkursion befinden.

zu 5 Sonstiges

Herr Menzel wünscht Informationen zur Genehmigung einer privaten Grundschule in Groß Glienicke.

Herr Weiberlenn informiert, dass der Ortsvorsteher angefragt habe. Er wurde darüber informiert, dass laut Änderungsbescheid des MBS vom 15.09.2011 die BIP-Kreativitätsgrundschule Potsdam zum Schuljahr 2012/2013 geplant ist. Die Schule soll einzügig in Trägerschaft der BIP Kreativitätszentrum gGmbH betrie-

ben werden. Für den Standort ist die Seeburger Chaussee 2 im OT Groß Glienicke vorgesehen. Als Schulleiterin wurde Frau Britta Wittchen bestätigt. Weitere Informationen liegen dem Fachbereich Bildung und Sport nicht vor.

Herr Dörnbrack ergänzt, dass private Träger Schulgründungen beim MBSJ beantragen und das Schulamt um Prüfung gebeten werde. Dem Staatlichen Schulamt seien keine weiteren Neugründungen bekannt. Diese Schule habe seit 2007 den Schulbetrieb beantragt. Es wurden Auflagen erteilt. Er gehe davon aus, dass diese erfüllt seien. Es handle sich um eine kustbetonte Grundschule. Das Konzept beinhalte u.a. die Förderung der Kreativität der Kinder, offene Lernformen, jahrgangsübergreifenden Unterricht, ein erweitertes Fremdsprachenangebot.

Frau Dr. Orlowski fragt, wer der Träger sei und ob man den Schulentwicklungsplan anpassen müsse.

Herr Dörnbrack informiert, dass der Träger in Berlin mehrere Kindergärten und eine Gesamtschule betreibe. Es handle sich um die Initiative einer einzelnen Person. Er sehe keine Auswirkungen für die Schulentwicklungsplanung.

Herr Weiberlenn sieht ebenfalls keine nennenswerte Auswirkung auf die Schulentwicklungsplanung, zudem Berliner Kinder und Kinder aus Falkensee angesprochen werden.

Herr Menzel meint man solle die Auswirkung auf die Schulentwicklungsplanung beobachten.

Herr Menzel wünscht Informationen zum Sachstand Sportplatz Groß Glienicke.

Herr Gessner informiert, dass dazu ein Gerichtsurteil vorliege und durch das Gericht die Regulierung der Öffnungszeiten verfügt wurde. Die Einhaltung der Öffnungszeiten soll durch den KIS kontrolliert werden.

Herr Menzel bittet in der nächsten Sitzung um einen Sachstand des KIS. Er möchte über den Inhalt des Urteils und Festlegungen durch den KIS informiert werden.

Herr Menzel bezieht sich auf Informationen aus der Presse, wonach nach einer Abschlussfeier an der Montessori-Oberschule Strafanzeige gegen Schüler erstattet wurde. Er bittet um Informationen.

Herr Dörnbrack informiert, dass nach der feierlichen Zeugnisübergabe das Schulverhältnis endet. Es kam dazu, dass am nächsten Tag in der Schule randaliert wurde und durch die Schulleiterin gegen die betreffenden Personen Strafanzeige wegen Sachbeschädigung gestellt wurde. Er habe das Gespräch mit der Schulleiterin geführt und denke, dass das so zu akzeptieren ist.

Herr Menzel hatte die Information des Fachbereiches Bildung und Sport, dass es keinen Sachschaden gab.

Herr Weiberlenn erklärt, dass es einen Sachschaden gab, der reguliert wurde.

Herr Menzel möchte über die Mittelzuweisung für den Sportverein Babelsberg 03 informiert werden.

Herr Gessner informiert, dass die Prüfung durch einen Rechtsanwalt vorgenom-

men wurde. Der Zuwendungsbescheid wurde erteilt. Die Auszahlung von 350.000 € wurde als 1. Rate vorgenommen. Ein weiterer Antrag auf Auszahlung der 2. Rate i. H. von 350.000 € liegt vor. Der Rechtsanwalt wird erneut mit der Prüfung beauftragt. Auch für den 1. VFL erfolge derzeit die Prüfung der Auszahlungsvoraussetzungen. Das Prüfergebnis wird in Kürze erwartet. Die Bescheidung und Auszahlung könnten danach erfolgen.

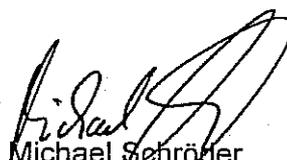
Herr Weiberlenn informiert zum Sachstand der Sicherung des Sportunterrichtes an der Grundschule am Griebnitzsee (gem. Beschluss zu DS 11/SVV/0860). Am 05.01.2012 hat eine Beratung mit Schulvertretern, dem KIS und dem Erzbistum stattgefunden. Durch das Erzbistum wurde eine Fertigstellung der Turnhalle bis August 2012, unter der Voraussetzung einer weiterhin milden Witterung, zugesagt. Insofern ist der Sportunterricht zwischen Februar und Juni 2012 abzusichern. Aus Sicht des MBS bestehen keine Bedenken gegen eine Interimslösung zur Absicherung des Schulsports an der Grundschule am Griebnitzsee. Ein Konzept der Schule für die Übergangslösung liegt vor. Zusätzliche Schwimmstunden werden abgesichert. Die Marienschule hat eine Mitnutzung des aufgestellten Sportcontainers angeboten. Der Schule werden durch den Bereich Bildung 8.000 € zur Verfügung gestellt. Es sind u. a. Besuche im Bowligcenter, im DinoDschungel, im Buga-Park geplant. Der Sportplatz des SV Babelsberg 74 e. V. in der Rudolf-Breitscheid-Straße 173 steht zur Verfügung. Nach Fertigstellung der Turnhalle wird wieder regulärer Sportunterricht stattfinden.

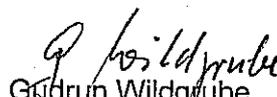
Frau Bankwitz fragt im Ausschuss für Bildung und Sport am 17.01.2012 unter TOP Sonstiges nach, ob es eine Antwort auf die im Hauptausschuss gestellte Frage bezüglich der Nutzung der Mehrzweckhalle am LSH gibt. Die Kosten pro Veranstaltung sollen 4.000 € betragen.

Herr Albrecht erklärt, dass die Stadt mit der überarbeiteten Sportanlagennutzungs- und Vergabeordnung eine Regelung vorschlagen werde. Die 4.000 betreffen drei Räume, die von der Stadt an die Luftschiffhafen GmbH weitervermietet sind. Dafür ist die Luftschiffhafen GmbH verantwortlich und legt Mietpreise fest. Der Betrag von 4.000 € kann nicht bestätigt werden. Konkrete Zahlen liegen nicht vor. Herr Klemund ist aufgefordert, die Kalkulation der Stadt zu übergeben.

Frau Bankwitz fragt zur Problematik Potsdamer Rudergesellschaft nach. Es gebe unterschiedliche Auffassungen zwischen der Luftschiffhafen GmbH und der Rudergesellschaft. Man finde keine Lösung beim Auseinandersetzen mit der Rechtssituation. Die Nutzung des Geländes werde nur im Einvernehmen möglich sein. Sie bittet darum, nicht nur eine rechtliche Prüfung vorzunehmen, sondern eine einvernehmliche Lösung als Ziel zu sehen.

Herr Albrecht informiert, dass es zu dieser Problematik am 26.01.2012 ein Gespräch beim Oberbürgermeister geben soll. Er möchte dem Ergebnis des Gesprächstermins nicht vorgehen. Es wurde bereits eine Mediation angeboten.


Michael Schröder
Ausschussvorsitzender


Gudrun Wildgrube
Schriftführerin